

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Vollständigen
Gottlingen, Zürich.
Verkaufsstellen
Frankfurt gegen Frankfurt
Grosshändler Preise
nach der Schweiz folgen
Toppelpost

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2 — für die Schweiz (Kontingenz)
Fr. 3 — für Deutschland (Kontingenz)
Fr. 1.70 für Österreich (Kontingenz)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Postvereins (Kontingenz).
Inserate
die bezugslose Zeitstelle
25 Cts. — 20 Pfg.

№ 37.

Donnerstag, 11. September.

1884.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, demzufolge wird und der dortigen Behörden die alle Rechte geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an und von uns zu empfangen, und sonstige Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die Aufsicht im Postwesen notwendig und es ist möglich, dass Briefe, die in Österreich verboten sind, in Deutschland durch den Postweg zu gelangen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptverpflichtung ist hierzu einerseits, dass unsere Freunde so fern

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sie dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, dass auch unsere Briefe, die in Österreich verboten sind, in Deutschland durch den Postweg zu gelangen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptverpflichtung ist hierzu einerseits, dass unsere Freunde so fern

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Klar zum Gefecht!

Es unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr, dass wir unmittelbar vor den Wahlen zum deutschen Reichstage stehen. In Preußen sind die Aufforderungen an die Wähler, die Wahllisten fertig zu halten, in den letzten Tagen erneuert worden, in Sachsen, Baden und den anderen deutschen Staaten ist der Ruf ergangen, schnelligst die Anlegung zu befordern — kurz, es wird von oben her Alles vorbereitet, damit zwischen der Auflösung des alten Reichstags und der Ausschreibung der Wahlen zu dem neuen ein möglichst kurzer Zeitraum liege. Der Wahlkampf soll soviel als möglich abgekürzt — die Wähler, soweit es verfassungsmäßig möglich, überrumpelt werden. Ohne solche bonapartistische Kunststücke geht es bei dem genialen Otto nun einmal nicht ab.

Natürlich werden sich unsere Genossen in Deutschland nicht überraschen lassen. „Mit Befriedigung“, schreibt uns ein mit den Verhältnissen vertrauter Genosse, „können wir konstatieren, dass Alles klar ist zum Gefecht.“

So wollen wir uns denn, am Abend vor der Schlacht, noch einmal vor Augen führen, welche Bedeutung dieselbe für uns, für die Arbeiterklasse überhaupt hat.

Ein Sprichwort sagt, man soll vom Gegner lernen. Nun, ein Gegner unserer Partei, und zwar ein fanatischer Gegner, ist Herr Windthorst, der Führer der Ultramontanen. Der Mann hat vor einigen Tagen auf der Festversammlung der Katholiken in Amberg eine große Rede gehalten — gewissermaßen eine Programmrede für seine Partei — und darin sagte er u. A.:

„Aus gutem Willen bekommt man nichts, nur dann, wenn man eine Macht ist, mit der man rechnen muß: man respektirt die Macht, aber nicht die Weisheit.“

Wenn Herr Windthorst je seiner Ueberzeugung offenen Ausdruck gegeben hat, so hat er es hier gethan, und wenn er je Recht gehabt hat, dann hier — dieser Satz ist frei von jeder staatsmännischen Heuchelei, mit welcher die „Perle von Meppen“ ihre Reden so gerne zu würzen liebt:

„Aus gutem Willen bekommt man nichts“ — „man respektirt die Macht, aber nicht die Weisheit.“

Wenn wir die Wahlprogramme der verschiedenen gegnerischen Parteien durchlesen, von der bürgerlich-demokratischen bis zur agrarisch-konservativen, wenn wir die Reden ihrer Wortführer hören, so werden wir überall die Versicherung vernehmen, dass sie — sammt und sonders — ein warmes Herz für die Leiden der Arbeiterklasse haben und gern bereit sind, ihr zu helfen, wo immer nur möglich. Ist es wirklich Liebe für die Arbeiter, welche den Junkern und Kapitalisten diese Versprechungen abzwingt? Ein Narr, der das glauben wollte! Ihr warmes Herz ist das Ergebnis der Erkenntnis, dass die Arbeiter eine Macht geworden sind, mit der sie rechnen müssen.

Vor zirka drei Jahren erschien die berühmte kaiserliche Botschaft, welche den Arbeitern versprach, dass sich von jetzt ab die Gesetzgebung mit ihren Interessen beschäftigen solle, dass es der Kaiser und seine Regierung als heilige Pflicht betrachten, in diesem Sinne zu wirken.

Was war es denn, das die hohen Herrschaften veranlasste, plötzlich ihre guten Absichten in so feierlicher Form zu verkünden? Die soeben erfolgten Wahlen hatten deutlich gezeigt, dass die Sozialdemokratie durch das Polizeigesetz vom 21. Oktober 1878 nicht vernichtet, dass ihre Organisation nicht zertrümmert war, sie hatten von der Macht der Partei des Klassenbewusstseins des Proletariats Zeugnis abgelegt.

Wir lesen heute alle Augenblicke von großartigen Wohlfahrts-einrichtungen, welche human denkende Unternehmer für ihre Arbeiter getroffen, von Stiftungen, Legaten u., und wunderbarer Weise sind diese Wohlfahrts- oder die ärgsten Arbeiterhinderer.

Was ist es, das ihr Herz mit einem Male gerührt? Die Liebe? O nein, es ist die Furcht vor der aufwachsenden Macht der Sozialdemokratie — „man respektirt die Macht, aber nicht die Weisheit.“

Freilich, diese Wohlfahrts-, diese Wohlfahrts-einrichtungen, die Sozialreform, alle diese „arbeiterfreundlichen Maßregeln“ sind zu neun Zehnteln eitel Humbug, in vieler Beziehung sogar der Arbeiterschaft mehr schädlich als von Nutzen; aber das stößt die Thatsache nicht um, dass — so wenig auch heute geschieht, was wirklich für die Arbeiterklasse von einigem Nutzen ist — dieses Wenige erst erkämpft worden ist durch das selbstständige Auftreten der Arbeiter, dadurch, dass sie sich als eine Macht im Staat und in der Gesellschaft erwiesen haben. Und die Ausnutzung des allgemeinen Wahrschicks seitens der Arbeiterklasse ist

der Gradmesser ihrer Macht. Einen andern Zweck hat es nicht für sie, kann es nicht für sie haben.

Aber dieser eine Zweck ist auch bedeutend genug, dass die Arbeiter mit ganzer Energie, mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft sich dem Wahlkampf widmen, und es ist ein Zeichen der hohen politischen Reife der deutschen Arbeiter, dass sie sich durch keinerlei rhetorische Phrasen, durch keine demagogischen Künste haben abhalten lassen, das politische Recht, das ihnen gebühren, zur Erweiterung ihres Einflusses, zur Geltendmachung ihrer Bedeutung auszunutzen. Ein größerer Rückgang in der Stimmenzahl der Sozialdemokratie heißt eine Schwächung der Arbeiterklasse, heißt Ermunterung ihrer Feinde — eine Vermehrung ihrer Stimmen heißt eine moralische Stärkung der Arbeiterschaft überhaupt.

Man hat den Wahlkampf zu verkleinern gesucht gegenüber einer Kampfesform, die man ausschließlich als revolutionär bezeichnet, weil sie auf Blutergüssen hinausläuft. Als ob nur da Revolution wäre, wo Blut vergossen wird! Und als ob es im Interesse der Arbeiterklasse läge, die Brutalität zum entscheidenden Faktor im Kampfe zu erheben! Solange die Wahl der Kampfesform in ihrer Hand liegt, hat sie diejenige zu wählen, in der sie ihren Gegnern am meisten überlegen ist, und das ist mit der Brutalität nicht der Fall.

Und rede man nicht etwa von Mangel an Muth! Wenn irgendwo Beweise von Muth und allen sonstigen moralischen Eigenschaften, die zum Kampf erforderlich sind: Entschlossenheit, Umsicht, Aufopferung, abgelegt worden sind, so von den deutschen Arbeitern in ihren Wahlkämpfen. Wir kennen die Geschichte der revolutionären Bewegungen der Neuzeit sehr genau, nicht bloß aus Büchern und Zeitungsbereichen, und wir können aus voller Ueberzeugung sagen, dass die deutschen sozialistischen Arbeiter in keiner Beziehung hinter ihren Kampfgenossen in anderen Ländern zurückstehen. Haben sie bisher auch nur mit dem Stimmzettel gekämpft, so hat dieser Kampf so gut seine Helden aufzuweisen wie andere, Helden in des Wortes ebester Bedeutung, Helden, die mehr preisgegeben haben als ihr Leben. Wer je das Glück hatte, einen Wahlkampf mitzumachen, und nicht bloß als Führer und Redner, sondern als Soldat unter den Soldaten, wird uns das bestätigen. Nicht die Barrikade, nicht das Legen einer Dynamitpatrone macht den Helden.

Wackere Genossen in Deutschland, die Ihr unbedünnt um die Verfolgungen der Polizei und die Niederträchtigkeiten der Gegner getrostes Muthes in den Kampf zieht, entschlossen, das Neueste dranzusehen, um den Sieg, um den größtmöglichen Erfolg zu erlangen, seid überzeugt, Ihr kämpft für eine große, erhabene Sache, — das Ziel ist Eurer Anstrengungen werth! Die Augen der Sozialisten aller Länder sind auf Euch gerichtet, sie wissen, dass Euer Sieg auch der ihre sein wird, wie Eure Niederlage auch die ihre sein würde.

Laßt daher nichts ungeschehen, was dazu beitragen kann, ein glänzendes Resultat zu erzielen! Spannt Eure Kräfte bis zum Neuesten an, agitirt, wäht, propagirt unablässig, unermüdet — die Zeit bis zum Wahltag ist nur kurz, sie muß in jeder Beziehung ausgenutzt werden! Halte sich Keiner zurück — wer zurückbleibt, vermehrt die Last Derer, die kämpfen, wer in Reich und Glied tritt, vermindert sie. Je mehr Ihr Eure Pflicht erfüllt, mit um so größerer Genugthuung werdet Ihr Euch des Sieges freuen, denn — Ihr müßt siegen!

Euer Sieg ist notwendig, um Eure Ausbeuter und Eure Unterdrücker im Schach zu halten.

Und Ihr, Genossen im Ausland — nein, Ihr deutschen Arbeiter insgesammt im Auslande, an Euch ist es, Eure Brüder im Reich mit allen Mitteln, die Euch zu Gebote stehen, zu unterstützen. Ihr seid dem Polizeidruck, unter dem sie sich bewegen müssen, entzogen, Ihr dürft Euch frei bewegen, Ihr nehmt an den Kampfeswunden nicht Theil, so tragt wenigstens Euren Antheil an den Kampfesopfern! Sammle Jeder unablässig in seinem Kreise, zum Kriegsführen gehört Geld, Geld und abermals Geld! Bis die letzten Stichwahlen erledigt sind, sollte kein Fest, kein geselliges Beisammensein vergehen, wo nicht die Parole ertönt: Für die deutschen Reichstagswahlen!

Namentlich an Euch, Genossen in Amerika, die Ihr bisher schon so viel gethan, an Euch geht der Appell, nicht nachzulassen in Eurem Eifer für die Unterstützung der Kämpfenden im Vaterlande. Im Vertrauen auf Eure Hochherzigkeit haben unsere Abgeordneten dieksmal von einer Reise zu Euch abgesehen, Ihr werdet dieses Vertrauen nicht zu Schanden werden lassen. Je stärker bei den Kämpfenden das Bewußtsein, dass sie einen Rückhalt haben an ihren Gesinnungsgenossen im Auslande, um so größer auch ihre Begeisterung, um so intensiver auch ihre Thätigkeit.

So laßt uns zusammenwirken; und im Bewußtsein, dass unser Appell seine Wirkung nicht verfehlen wird, antworten wir auf die Nachricht aus dem Reiche: „Klar zum Gefecht!“ zurück mit dem Rufe: „Nur muthig davor, wir wollen mitföhren, daß Euch die Munition nicht ausgeht!“

Zum Schluß aber sagen wir mit Ezzeleuz Windthorst:

„Niemals Gnade, aber unser Recht! Und mit stolzem Haupte und in dem Bewußtsein, daß wir auf unserem Rechte bestehen, gehen wir durch die Massen, die uns zu bestiegen wollen, und mit allen imposanten Mitteln, die uns zu Gebote stehen. Als der Marschall Canrobert Sebastopol belagerte und die schweren Geschütze aus der Festung seine Truppen in Massen niederhimmerten und sie entmuthigen wollten, ist er unter dem Klange seiner Trompeten und dem Donner seiner eigenen Kanonen in die Transcheen gegangen, und die Leute haben von dem Augenblick an wieder Muth gehabt und Sebastopol genommen. Auch wir wollen unsererseits unter voller, kräftiger Musik die Festung unserer Gegner stürmen, und wir werden sie ganz erschürmen!“

Hoch die Sozialdemokratie, hoch die volle, endgiltige Befreiung des Proletariats!

Wie stellen wir uns zur Börsensteuer?

Von befreundeter Seite erhalten wir folgende Zuschrift: „Wenn mein Gedächtniß mich nicht sehr täuscht, haben Sie den Börsensteuer-Gesetzentwurf der Reichsregierung bisher nur ganz beiläufig einmal gestreift und zwar in abweisendem Sinne. Ich fühle mich daher gedrungen, sie darauf aufmerksam zu machen, daß es entschieden im Interesse unserer Sache liegt, daß der „Sozialdemokrat“ wie die ganze Partei energisch für die Börsensteuer eintritt. Selbstverständlich kann es nicht unsere Sache sein, der Regierung noch mehr Geld zuzuschlagen. Aber wir können für die Börsensteuer eintreten, ohne diese Dummheit zu begehen, indem wir einfach erklären: wir stimmen für die Börsensteuer, wenn gleichzeitig mit ihrer Einführung die drückendsten indirekten Steuern mindestens in der Höhe des vorausgesetzlichen Ertrags der neuen Steuer abgeschafft werden.“

Sagen wir zur Börsensteuer einfach „nein“, so liefern wir damit den Konservativen eine nicht zu unterschätzende Waffe gegen uns. „Die Sozialdemokratie“, werden diese dann zu den Wählern sagen, „ist ein Nachwerk der Juden, und Sozialdemokraten und Juden spielen heute noch unter einer Decke. Die Sozialdemokraten, die jahrelang jahrein gegen die Kapitalisten losziehen — wenn es zu handeln gibt, dann thun sie nicht mit: sie sind gegen die Börsensteuer — wist ihr warum? weil ihre guten Freunde, die Juden, dadurch noch einmal ordentlich beschlitten würden.“ Und was könnten wir sachlich darauf antworten? Weiter nichts, als daß wir dagegen sind, weil wir der Regierung nicht noch mehr Geld bewilligen wollen. Damit würden wir aber bei den Wählern, um deren Stimmen wir uns bewerben, maßlos seinen guten Eindruck machen, denn diese sind — auch wenn für sie selbst nichts herauspringt — stets damit einverstanden, daß die Bestehenden, und besonders die Börsenwölfe, gehörig gequält werden.“

Was die Börsensteuer selbst betrifft, so meint Einsender, daß sie sehr wohl ausführbar wäre. „Sie beträgt zwei Pfennige pro 100 Mark, resp. fünf Pfennige pro 100 Mark. In vielen Fällen muß sie nämlich 2%, Male von einem Gehalt und von derselben Person bezahlt werden. Börsenblätter haben behauptet, sie würde viele Geschäfte sechs Male treffen, also 12 Pfennige auf 100 Mark. Das ist aber Schwindel! Von sechsfachen Steuer kann gar keine Rede sein, sondern nur von fünffachen. Wird die Steuer aber fünf Male von einem und demselben Geschäft bezahlt, so sind es zwei verschiedene Personen — Käufer und Verkäufer —, die daran partizipiren. Eine Person muß aus einem Geschäft nie mehr als die 2% (sachliche Steuer bezahlen, also nie mehr als 2%, Male 2 Pf., d. h. 5 Pf. pro 100 und 50 Pf. pro 1000 Mark. Ein schwäbischer Bauer, der einen Acker im Werth von 1000 Mark verkauft, muß 12 Mark Steuer zahlen. Und diese Steuer soll die Börse, soll den Handel ruiniren!“

„Würde der Entwurf nicht Gesetz, so wären die Folgen: 1) eine bedeutende Einnahme der Regierung, 2) etwas weniger Jobberei. Das Letztere wäre gerade nicht das größte Unglück.“

Soweit der Einsender.

Obwohl er behauptet, Sachverständiger zu sein, hat er uns durchaus nicht von der Richtigkeit seiner Argumente überzeugen können. Auch wir glauben etwas von der Sache zu verstehen, kommen aber auf Grund unserer Kenntniß von der Sache zu ganz anderen Resultaten als er.

Zunächst müssen wir ihm erwidern, daß er die Frage von der ungeschicktesten Seite von der Welt aufstiftet. Anstatt zu untersuchen, was die geplante Börsensteuer wirklich ist, nimmt er unbedenklich ihren augenblicklichen Zweck als gegeben an, d. h. plumpst er ohne Weiteres in die von den Antisemiten gestellte Falle. Wir hätten ihm als Juden — er verzeihe uns die Indiskretion! — mehr Muth zugebraut. Was soll die Börsensteuer? Einmal, darüber herrscht gar kein Streit, der Regierung eine bedeutende Mehreinnahme verschaffen. Dagegen könnte nun die vorgelegene Resolution eine gewisse Deckung gewähren. Aber doch nur eine recht schwache. Denn es handelt sich ja eben um Mehrereinnahmen. Und wird uns die Frage gestellt, wie sie in den Augen der Regierung und ihrer Parteigänger liegt: „Wollt ihr eine Vermehrung der indirekten (Konsum) Steuern oder die Börsensteuer?“ so kommen wir mit der vorgelegenen Resolution um die Nothwendigkeit einer entschiedeneren prinzipielleren Stellungnahme nicht herum. Sie hat nur insofern Sinn, als wir überhaupt keine Vermehrung der Steuern wollen, genügt aber nicht zu Kennzeichnung unserer grundsätzlichen Opposition gegen das heutige Regierungs- und Steuersystem. Die Gesichtspunkte, von denen sie ausgeht, sind kleinbürgerlich, nicht sozialdemokratisch.

Was soll die Börsensteuer aber außerdem? Die Jobberei beschränken? Das ist nur der Kadder, mit dem die Dummen gefangen werden sollen. Wenn wir ihre Freunde etwas näher ansehen, kommen wir zu ganz anderen Ergebnissen. Die Freunde der Börsensteuer, ihre bewußten Befürworter, das sind dieselben Leute, welche auch für die Erhöhung der Getreidezölle, überhaupt der indirekten Steuern schwärmen — mit einem Wort die Agrarier, die Partei der Großgrundbesitzer. Einsender wirt, daß die Börsensteuer, wie die Regierung sie vorschlägt, wohl durchgeführt werden könne, ohne das Geschäft zu ruiniren. Gewiß, und das ist auch die Absicht dabei, denn sonst brähte sie ja nicht die gewünschten Mehreinnahmen. Aber so wirkungslos, wie er meint, ist sie doch nicht. Wenn Deimann Abrahamsohn in Krähwinkel dem Christian Strochkopf Papierchen verkauft, so pflegt er denselben dabei so über's Ohr zu hauen, daß es auf die zwei Pfennige vom Hundert wirt-

lich nicht ankommt. Auch wenn Abraham Heumannsohn und Gottlieb Schulze auf der Berliner, Frankfurter u. d. d. eine kleine Jobberei in la Haufe oder Baiffe in Laurahütte oder Kaiser Wilhelms-Aktien in Szene setzen wollen, werden sie sich durch eine mäßige Börsensteuer nicht abschrecken lassen, sondern dieselbe, soweit sie sie nicht umgehen können, jeuchend auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen.

Aber es gibt neben der Aktienjobberei auch noch andere Arten des Börsengeschäftes, so z. B. das Arbitragegeschäft, das darin besteht, die Differenzen in der Valuta (Goldkurs) der verschiedenen Länder auszunutzen und dadurch ihre Ausgleichung herbeizuführen — was bei dem heutigen internationalen Handelsverkehr von ungleichbarem Vorteil für denselben ist. Für das Arbitragegeschäft aber wäre die projektirte Börsensteuer entschieden eine große Verhinderung — denn das verträglich gewöhnlich nicht einmal die im größeren Kommissionsgeschäft übliche Provision von 1/2, 1/3, 1/4 (1/2 pro Leuend), weshalb Arbitragehäuser gewöhnlich „à meta“, „à trio“ (zu zweit, zu dritt) u. d. arbeiten. Von ganz besonderer Bedeutung aber ist das Valutageschäft für den modernen Getreidehandel.

Man mag über den Handel denken wie man will, eines steht einmal fest: so lange man ihn nicht durch Besseres ersetzt, ist jede Erschwerung des Handels vom Uebel. Sie kann unter Umständen das kleinere Uebel sein, aber ein Uebel ist und bleibt sie. Sie hat fast immer den Zweck, Wenige auf Kosten vieler zu bevorzugen. Für wen das in Bezug auf den Getreidehandel gilt, ist leicht zu erkennen: die Getreideproduzenten, mit andern Worten die Grundbesitzer. Der moderne Getreidehandel auf internationaler Basis hat das Monopol des inländischen Grundbesitzes gebrochen, daher der Haß des Grundbesitzers gegen denselben. Ein pommerischer Junker war es bezeichnenderweise, der den ersten Börsenrentenwurf einbrachte.

Es ist der Haß des sogenannten immobilien gegen das mobile Kapital, der in ihm seinen Ausdruck findet. Und wenn wir auch keine Ursache haben, das Letztere zu lieben, so verpflichtet uns dieser Umstand noch, dem Ersteren Liebedienste zu leisten. Wenn der deutsche Spielbürger, der sich in den Gründerjahren verbittert haben an der Börse die Finger verbrannt hat, jetzt aus tugendhafter Entrüstung über den unmoralischen Börsenschwindel (der Schwindel war nur so lange moralisch, als Michel dabei verdiente) auf den jenseitigen Tugendschwindel hinfällt, so entspricht das seiner spielbürgerlichen Intelligenz, wir — die Partei des revolutionären Proletariats — haben uns von solcher Borntheit frei zu halten. Wir haben den Gründungsschwindel zu einer Zeit gekennzeichnet, als das feudalfunklerische, nationalliberale und sonstige Wieder-mannsgelindel noch lustig mitmachte, — auf seine jetzige Tugendheuchelei geizt sich unfernerseits nur Eine Antwort: Hoho.

Das wäre noch schöner, wenn wir uns durch die Redensart von dem „Zusammengehen der Sozialdemokratie mit den Juden“ dreifach schlagen lassen sollten! Ei, zum Teufel, seit wann ist es denn „Taktik“ geworden, dem bornirten Borntheit nachzugeben? Hat die Sozialdemokratie etwa Ursache, sich der Juden, die in ihren Reihen gekämpft haben und noch kämpfen, zu schämen? Unsere Partei hat dem Borntheit der sogenannten öffentlichen Meinung zu einer Zeit und unter Umständen getrotzt, wo es gefährlicher war als jetzt, sie wird auch jetzt mit ihm fertig werden. Auf die Leute, die uns wegen der Börsensteuer ihre Stimmen versagen, können wir verzichten — sie gehören nicht zu uns.

Uebrigens, wenn wir uns nicht dazu hergeben wollen, für die Junker die Kastranen aus dem Feuer zu holen, so sind wir keineswegs dagegen, unsere lieben Freunde, die Börsenmatadore, etwas fester zu packen, als es bisher noch geschehen. Und dazu gibt es ein viel besseres Mittel als eine Steuer auf dem Geschäftsumsatz — ein Mittel, das unserem Programm und unseren Grundgedanken entspricht. Dieses Mittel heißt: Progressiv-Einkommensteuer mit obligatorischer Selbstversicherung und hoher Kontraventionsstrafe. Dafür würden wir eintreten, natürlich unter der Voraussetzung unseres guten Freundes: Abschaffung aller indirekten Steuern. Dies der Standpunkt des „Sozialdemokrat“ und hienichtlich auch der Partei.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 10. September 1884.

— Zu den Wahlen bringen wir den Genossen allerorts nach folgenden Paragraphen des Wahlgesetzes in Erinnerung:

„§ 8. In jedem Bezirke sind zum Zweck der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen sind.“

„Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tag zu Jedermanns Einsicht auszuliegen und ist dies zuvor unter Hinweis auf die Einsprachefrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.“

Feuilleton.

Aus der englischen Reformbewegung der dreißiger Jahre.

II.

Ein fernerer Charakteristischer Zwischenfall findet sich in dem Buche über das Leben des Generals William Raper (2. Band S. 270) erzählt. Es scheint, daß als Smith O'Brien und Francis Thomas Reagher im Jahre 1848 in Clonmel vor Gericht standen, General Raper aufgefordert wurde, einen Brief vorzulegen, den er im Jahre 1832 von gewissen leitenden Persönlichkeiten der Whig-Partei erhalten hatte, und in dem er aufgefordert worden war, das Kommando über 50,000 Mann zu übernehmen und nach London zu marschieren, um dort von dem Hause der Lords die Annahme der Reformbill zu erzwingen. Es wurde in Abrede gestellt, daß solch ein Brief existierte, aber Sir William Raper erschien an einem Tage der Verhandlung und legte ihn in die Hände des Verteidigers, und obwohl der Richter entschied, daß er nicht als Beweismittel zugelassen sei, wurde er in „Free-mans Journal“, allerdings ungenau, veröffentlicht; doch war die Hauptfrage durchaus richtig: daß nämlich die Whigs im Jahre 1832, wenn nötig, auf London zu marschieren, und an General Raper apostrophen, das Kommando über die Volkstruppen zu übernehmen. Heute besteht darüber kein Zweifel mehr, denn wir finden auch auf Seite 275 in dem erwähnten Buche folgende Stelle aus einem Briefe Sir William's an den Herausgeber der „Dublin Evening Mail“ (Dubliner Abendpost) als Berichtigung eines Irrthums:

„Ich war nicht verpflichtet, ihn geheim zu halten, und that es auch nicht. Ich beantwortete ihn mit Spott und zeigte ihm seinerzeit verschiedene Personen; 1839 theilte ich dem Herzog von Wellington seinen Inhalt mit und 1841 erwähnte ich der Sache ganz öffentlich in den Wahlversammlungen von Bath. Ein Mitglied der Whigpartei, ein Großmüller und Kornhändler, Namens Murray Sanders, schrieb, gebedt von einem Haufen Whigpartei, ich hätte, wenn ich behauptete, daß die Whigs die Insurrektion ermutigt hätten. Ich antwortete: „Rein Herr, Sie wissen nicht, was Sie sagen; ich habe den Beweis in meiner Tasche.“ — „Auch das ist eine Lüge“, erwiderte er, worauf ich ihm einen Schlag ins Gesicht versetzte, daß er zurückwich. Er versagte mich, magte aber nicht, den Prozeß durchzuführen. Ich erschien vor Gericht, um für meine Sache persönlich zu plädieren, aber die Whigs fürchteten die Waffensstellung.“

Ich erwähne diese Dinge nicht, um irgend eine Person oder Partei zu tadeln oder zu beschuldigen, sondern als Thatsachen, um zu zeigen, welche rufgeigten und gefährlichen Charakter die Situation angenommen hatte, und daß der Entschluß, die Sache durch den Kampf zu entscheiden, nicht auf das arbeitende Volk beschränkt war. Wenn man die Geschichte

Das merke sich jeder Genosse und unterlasse daher nicht, sich zu überzeugen, ob er und seine Kameraden richtig in die Listen eingetragen sind. Kein Arbeiter sollte es unterlassen, nachzusehen, denn gerade bei Arbeitern werden die meisten „Versehen“ gemacht.

Also noch einmal:
Selbst nachschauen und, wo nicht Ordnung, bei Zeiten Einsprache erheben!

— Der Prozentpatriotismus der herrschenden Klassen kann gar nicht besser gekennzeichnet werden, als durch das Gebahren der deutschen und französischen Bourgeoisie. Noch vor wenigen Monaten konnte man kein „national“ gefundenes Blatt in Deutschland in die Hand nehmen, ohne eine Schimpferei auf Frankreich und die Franzosen darin zu finden, und in Frankreich wurde jeder als Vaterlandsverräter angesehen, der nicht in den Eroberern von Elsaß-Lothringen den Erbfeind erblickte, der nicht die Wiedereroberung dieser Provinzen als das A und O des nationalen Strebens betrachtete. Da sehen sich eines schönen Tages die Herren Franzosen auf ihren Raubzügen in Tonking und China durch die Engländer genirt und in Deutschland bricht die Kolonialwuth aus. Und wie mit einem Schlage verändert sich die Szene. Der französische Bourgeois, der nur von den Goldklumpen in Tonking und den sonstigen Schätzen China's träumt, vergißt seine geliebten verlorenen „Brüder“ in Elsaß-Lothringen, vergißt seine Rachepläne gegen das „barbarische Deutschland“, und richtet seinen ganzen Vorrath von sittlicher Entrüstung, von patriotischer Leidenschaft wider das „verfälschte“ England, das nämlich so „perfid“ ist, den französischen Raubzügen in China nicht begreifert zuzuschauen, sondern an die Wahrung der eigenen Interessen denkt. Aber auch der deutsche Patriot sieht sich in seiner Kinnernemuth durch die Engländer genirt, und vergißt daher sofort, daß er noch eben in sittlicher Entrüstung über das reuungslose Frankreich entkammt war, er vergißt die Deutschen in Russland und anderwärts, und schimpft nur noch über das „länbergierliche“ England, das seiner „Länderbergier“ nicht sofort mit der größten Bereitwilligkeit entgegenkommt. Bon Rechtswegen hätten die Engländer Deutschland eigentlich sofort ihre sämtlichen Kolonien zur Verfügung stellen müssen, denn die Deutschen sind ja „die ersten Kolonialisten der Welt“. Erhalten wir doch aus einem nationalliberalen Weltblatt, daß die Auswanderung von Nordamerika im Wesentlichen eigentlich nur deutsche Arbeit gewesen. Wunderbar, daß die Deutschen, die doch an Fruchtbarkeit keiner Nation nachstehen, trotzdem die Kinderheit der Bevölkerung bilden! Um aber zum Thema zurückzukommen, seitdem sie entdeckt, daß ihre Selbstsüchtigen Interessen das Frontmachen gegen England nötig machen, sind der deutsche Franzosenfresser und der gallische Deutschfresser nur noch ein Herz und eine Seele und würden am vergnügtesten sein, wenn der Bankrott „Elsaß-Lothringen“ durch eine überirdische Macht ganz aus der Welt geschafft würde. Mit einer wahren Wuth fielen die französischen Bourgeoisblätter über die „Times“ her, als dieselbe sie an die 1870 verlorenen Provinzen erinnert hatte.

Interessant ist diesem Gebahren der hohen französischen Bourgeoisie gegenüber das Verhalten der französischen Radikalen und Sozialisten. Die Ersteren, die ihre Anhängererschaft vorzugsweise unter den Kleinbürgern haben, wissen nichts Besseres zu thun, als sich auf die tugendhaften Patrioten hinauszuheulen, und greifen den chinesischen Fehlschuß deshalb an, weil er Frankreichs Wehrkraft gegen Deutschland beeinträchtigt. Sie wissen kein anderes Mittel gegen den Prozentpatriotismus der Bourgeoisie, als den Appell an den bornirten Chauvinismus der Spielbürger. Es zeigt sich da recht deutlich die Anfruchtbarkeit des kleinbürgerlichen Radikalismus.

Anders die Sozialisten. Niemand hat die abenteuerlichen Raubzüge des Herrn Ferry in Ostasien scharfer gebrandmarkt als sie, aber wenn sie auch dabei über die Genialität spotteten, mit der sich die Vertreter des offiziellen Frankreich in ihrer Profitthut alle Nachbarnränder zu verschleiden gewußt haben, so ist es ihnen deshalb doch nicht eingefallen, „aus Opposition“ die Bourgeoisie in der Deutschenbude abzuholen. Im Gegentheil! In trefflicher Weise haben J. Allemane im „Proletariat“ und Jules Guesde im „Cri du Peuple“ Zeugnis abgelegt von der Ueberlegenheit des Sozialismus.

„Um so besser“, ruft in der Dienstagnummer des „Cri du Peuple“ Jules Guesde den Radikalen zu, wenn es wahr ist, was ihr behauptet, wenn die Bataillone, die in Asien beschäftigt sind, die Mobilisirung nicht nur verzögern, sondern verhindern, wenn der Krieg mit China uns vor einem Krieg mit Deutschland bewahrt.“

„So theuer uns auch die Ferry'schen Bandenrüge in Bac-Lé, in Fuzhien, in Keling und anderwärts kommen mögen, sie werden immer nur ein Tropfen Blut sein gegenüber dem Meer von Blut, welche die famose von den Säbelerschlägern à la Gambetta und den Bodbierschlägern à la Deroulde geträumte Revanche zur Folge haben würde.“

„Aber nicht nur deswegen schreiben wir die „militärische Immobilisirung“, welche unsere Intrantigen zur Verzweiflung treibt, in unsern Häuten, in das Gebahren der Menschheit.“

„Ihre (der Radikalen) Klasse muß, um sich einen neuen Kredit bei der Klasse der Erbterben zu eröffnen, dieselben, denen sie nicht das wirkliche Wohlsein verschaffen kann, mit dem Schatzen ober dem Dunst des — Ruhmes betrauen.“

„Ganz anders aber ist unser Gesichtspunkt, der Gesichtspunkt der Klassenbewußten Arbeiter, derjenigen, für welche der Feind nicht in Berlin sitzt, die Pöbelhaube auf dem Kopf, mit Dreiecksfalten und und Krupp'schen Kanonen ausgerüstet, sondern hier in Paris, überall in Frankreich, wo das Kapital herrscht und regiert.“

„Seit allerorts der Klassenkampf der Arbeiter auf der Tagesordnung

der ganzen Bewegung nachsteht, so wird man sehen, daß zwischen Reform und Revolution keine Wahl war. Alle Gründe und Beweismittel für die Rechte des Volkes, für die Korruption Detret, welche die Wahlen und die parlamentarische Gewalt in Händen hatten, und die Gefahren, welche daraus der Nation erwachsen, waren erschöpft. ... Glücklicherweise wurde dem schlimmsten Ausgang durch die Drohung des Ministeriums ausgemichen, sogleich neue Peers zu ernennen, als nötig wären, die Maßregel gegen irgend eine von Seiten der Lords inszenirte Obstruktion durchzusetzen. Hauptächlich durch diese Drohung ward der Sieg errungen, und wenn man sehen will, wie die wichtigsten Angelegenheiten großer Nationen oft durch gewöhnliche Intriguen und Einschüchterung erzwungen werden, so gibt es wenig bessere Zeugnisse dafür als die Geschichte der Reform-Akte von 1832.

Zwei oder drei wichtige Gesichtspunkte zur Beurtheilung unserer politischen und gesetzgeberischen Rastherie ergeben sich hieraus: Erstens, daß Leute, welche aus einem politischen Rißhand Vortheile ziehen, ihn niemals von selbst reformiren werden. Zweitens, daß diejenigen, welche, sei es als Klasse oder als Individuen, von dem jeweiligen Stand der Dinge Gewinn oder Ehre herleiten, ihn nie selbst abändern werden. Und ebenso, daß, wenn die Volksmassen, die unter Monopolen und Mißbräuchen leiden, das Reformwerk in die Hand nehmen, sie gemeinsam und entschlossen vorgehen sollen, ohne Zeit und Gelegenheit zu verlieren in schlechten Kompromissen mit Unrecht und Ungerechtigkeiten.

Die wirklichen Vortheile, welche das Volk 1832 errang, sind alle von guter Wirkung für das Land gewesen, während die Kompromisse nur zu fünfziger Agitation und erzwungenen Konfessionen Veranlassung gaben. Und namentlich dürfte man sehen, daß, wenn das Volk festen Sinnes die Macht, die es besitzt, gebraucht, um sich Gerechtigkeit zu erzwingen und sein Recht zu erkämpfen, keine Klasse im Staat noch alle Klassen zusammen im Stande sind, ihr erfolgreich Widerstand zu leisten.

Soweit Lloyd Jones.
Wie er selbst zugibt, war die Reformbill von 1832 ein Kompromißwerk, denn wenn die Lords der Drohung des Ministeriums auszugeben, so doch nur einem Reformentwurf gegenüber, der mit Rücksicht auf sie soviel als möglich revidirt worden war. Alles in Allem ward die Zahl der Wähler auf eine Million erhöht — man war also noch sehr weit vom allgemeinen Wahlrecht entfernt. Und so sehen wir denn schon wenige Jahre hinterher eine neue, auf Erweiterung ihrer politischen Rechte abzielende Agitation in der Arbeiterklasse mächtig Boden gewinnen — die der Chartisten, ein Zeichen, daß die Reform von 1832, für welche die Whigs die Arbeiter auf die Barrikaden führen wollten und für welche dieselben auch bereit waren, in's Feuer zu gehen, keineswegs den speziellen Klasseninteressen Letzterer entsprach. Nur wenn man den Arbeitern von damals die Ansicht unterstellt, daß zunächst erst mit

Recht, kann jeder europäische Krieg, der sie wider einander beehrte, mit verderbenbringend für die Sache der sozialen Revolution sein.

„Wir wollen um keinen Preis — und wenn er außer Elsaß-Lothringen die Rheinlande an Frankreich brächte — ein Duell mit Deutschland, wie die deutsche Sozialdemokratie um keinen Preis ein Duell mit Frankreich will, selbst wenn es Deutschland den Rest von Lothringen, der sich noch in französischem Besitz befindet, und die Freigrafschaft (Franche-Comté) einbrächte.“

„Wir bedürfen des europäischen Friedens, dieses Friedens, der dem Proletariat allerorts es ermöglicht, sich von der Bourgeoisie Herrschaft zu befreien und die Frage der Grenzen ein für allemal auf die einzige Art zu lösen, wie sie gelöst werden kann: durch Aufhebung der Grenzen.“

„Deshalb schreien wir nicht, wie die Gänse des rabulischen Kapitols über Berrath, durchaus nicht.“

„Solange die Kolonialpolitik den großen Säbel eines Krieges im Osten in die Scheide nagelt, wird sie somit wenigstens zu etwas gut sein.“

Diesen sachlichen Ausführungen können wir nur unseren vollen Beifall zollen. Natürlich gelten sie in Bezug auf die Kolonialpolitik nur solange, als die Franzosen in China engagirt sind. Ist diese Affäre abgewickelt, so braucht nur deutsche Habgier und französische Habgier an irgend einem Punkt der Erde auf einander zu stoßen, und mit der Interessengemeinschaft der Bourgeoisie von haben und drüben ist's aus. Nur die Arbeiter werden festhalten an ihrem Protest gegen den Krieg, wie sie heute Protest erheben gegen die Haß auf das englische Volk.

— Ein musterhafter Sozialreformer. Die „New Bodische Landbesitzung“ brachte vor kurzem folgendes „Eingekauft“, das einen hübschen Beitrag zum Thema von der Sozialreform im hiesigen deutschen Reich liefert:

Dieser Tage wurde mir ein Fall von Inhumanität eines Arbeitgebers mitgetheilt, der so unwahrscheinlich klang, daß ich eine kleine Reise nicht scheute, um mich von dem Thatbestand an Ort und Stelle unterrichten zu lassen. Leider fand ich die mir gemachten Mittheilungen bis in die kleinsten Details bestätigt. Der Fall spielt in Worms, der Thatbestand ist folgender. Tagelöhner Philipp Rendei war seit acht Jahren Fuhrmann in der Fabrik der Firma Cornelius Deyl in Worms. Dieser Rendei verunglückte am 25. Juli 1883 dadurch, daß ihm von einem mit Säcken beladenen Wagen ein Sach herab und auf eines der beiden, als scheuend bekannten Pferde fiel. Das Pferd ging durch und Rendei, der dieselben am Kopf führte, war nicht im Stande sie aufzuhalten, er stürzte, wurde vom Wagen überfahren und war sofort todt. Nun hätte man glauben müssen, Herr Deyl, der sich so gerne humane Arbeitgeber nennen läßt, hätte seine Leute versichert, und die Wittve würde die Versicherungssumme erhalten oder auch Herr Deyl aus eigenen Mitteln dieser Frau eine angemessene Entschädigung zahlen. Weit gefehlt. Herr Deyl sandte dieser Frau nach einigen Tagen die Summe von 80, sage achtzig Mark, mit dem Bemerken: „für die Hausmiete“. Sie hoffte noch immer auf eine anständigere Summe, sah aber ihre Hoffnungen von Tag zu Tag schwinden, alle Bitten, alle Unterhandlungen waren vergebens. Nachdem auf diese Art sieben Monate vergangen und alle Hoffnungen geschwunden waren, klagte die Wittve auf dem Armenwege, und Herr Deyl, der für seine Arbeiter so sehr besorgte Deyl, ließ sich von einer armen Wittve verklagen. Bei dieser Klage scheint es nunsonderbar zugewandert zu sein, denn die Wittve wurde nicht nach ihren Beweismitteln, aber auch nicht nach der Höhe der verlangten Entschädigung gefragt. Herr Deyl wies vor Gericht nach, daß seine Pferde lammsfromm seien und der Fuhrmann leichtsinnig gehandelt haben müsse, und die arme Frau, die da glaubte, sie werde doch noch 3—400 Mark erhalten, wurde mit ihrem Entschädigungsanspruch abgewiesen. In man hatte in der Deyl'schen Fabrik nicht einmal Arbeit für ihren 15jährigen Sohn. Dies ist nun derselbe Herr Deyl, der persönlich und mit seinen Truppen der sog. Deyl's Armee, das Land durchzieht und die Wähler von den Segnungen der Bismarck'schen Wirtschaftspolitik zu überzeugen sucht. Es ist dies derselbe Deyl, der sich in einer gewissen Preese als den humansten Arbeitgeber schildern läßt, der nur das leibliche Wohlergehen seiner Arbeiter im Auge hat und an sich selbst zuletzt denkt. Dies muß Jedermann überraschen und überraschte auch die Wittve Rendei, und zwar so, daß sie, die vollständig Gefährdungsbedingte, den Kopf verlor und das abweisende Urtheil rechtskräftig werden ließ. Erst jetzt, nachdem alle Einzelheiten bekannt wurden, besonders auch, daß Herr Deyl jenes Pferd, durch welches es der Unfall veranlaßt wurde, liebten ließ, weil es ein Narr war, mit dem Niemand mehr fahren könnte, haben sich Leute gefunden, die sich der armen Wittve annahmen, daß das Verfahren wieder aufgenommen wird. Hoffen wir im Interesse der Gerechtigkeit auf einen günstigeren Erfolg.“

So der Einsender. Seine Hoffnung macht seinem guten Herzen Ehre, und auch wir wollen wünschen, daß der armen Frau ihr Recht werde — mit anderer Hoffnung ist es in diesem Punkte sehr schlecht bestellt. Dazu ist Herr Deyl — nationalliberal. Dieser große Arbeiterfreund dürfte unseren Genossen keine unbekante Größe sein, hat doch in früheren Jahren der „Volkstaat“ mehrfach Gelegenheit gehabt, sich mit ihm zu beschäftigen und ist er doch später in seiner Eigenschaft als Denunziant von Viehwecht im Reichstag so gründlich an den Schandpfahl genagelt worden, daß er sich nicht mehr in den Reichstag wagte. Der ehrenwerthe Herr Kommerzienrath — er ist unseres Wissens auch Volkswirtschaftsrath — gehört nämlich zu jenen vortrefflichen Unternehmern, die sich nicht nur um das leibliche, sondern auch um das ge-

Hilfe der liberalen Bourgeoisie Besche geleget werden mußte in das alte verrottete System, kann man auch mit Bezug auf sie von einem Erfolg sprechen. Ob Kompromiß zwischen der liberalen Bourgeoisie und den Lords oder zwischen Ersterer und den Arbeitern — auf jeden Fall ist die Reform von 1832 ein Kompromißwerk. Damit soll ihre Bedeutung übrigens gar nicht in Abrede gestellt werden, es kommt uns nur darauf an, sie als das zu charakterisiren, was sie wirklich war.

Aber selbst dieses Kompromißwerk konnte nur durchgeführt werden durch die Drohung mit der brutalen Gewalt, hinter der sich der entschlossene Wille zeigte, sie eventuell zu gebrauchen. Die Ablehnung der Herren Whigführer beweist gar nichts dagegen. Das zeigt sich fast immer in der Geschichte zu zeigen, wo eine der herrschenden Klassen einen Aufstand angezettelt, um an's Ruder zu kommen, daß ihre Vorkämpfer später feierlich in Abrede stellen, irgend etwas mit solchen Unzulänglichkeiten zu thun gehabt zu haben. Mit welcher Entrüstung weisen nicht die deutschen Liberalen den Vorwurf von sich zurück, daß sie in den sechziger Jahren eine Durchsetzung ihrer Bestrebungen mittelst einer revolutionären Volkserhebung im Schilde geführten, und doch braucht man nur die Neben ihrer Vorkämpfer von damals — der Gneist, der Twesten, der Follenbeder — nachzulesen, um sich zu überzeugen, daß es trotzdem der Fall. Und wie pathetisch protestiren nicht Stöcker und Kompagnie dagegen, daß man ihnen die pommer'schen Judenbekenntnisse Last legt, während es für Jeden, der die Bewegung verfolgt hat, klar ist, daß die Herren damals nur Eines behaupteten: daß nämlich die Dinge nicht weiter auf sich gezziffen. Das verurtheilt „si locuti noga!“ (wenn Du etwas gethan hast, so leugne es ab!) ist keineswegs Monopol der Jesuiten. Wir begegnen ihm in der Geschichte der Parteien auf Schritt und Tritt. Und es ist durchaus würdig der Vertreter einer Gesellschaft, die auf der stillschweigenden Lüge beruht, die von Gleichheit spricht bei stets wachsender Ungleichheit, von Rationalität, wo das Volk verarmt, von Recht, wo die Gewalt regiert.

Unserer aber, die wir eine neue, in sich wahre Gesellschaft erstreben, unserer ist es unwürdig, uns in den heuchlerischen Loyalitäts- und Legalitätsmantel zu hüllen.

Wir sind nicht legal, solange man uns die legalen Mittel zur Erreichung unserer Bestrebungen vorenthält, und wir respektiren Gesetze, die gegen uns, gegen die Arbeiterklasse gemacht sind, nicht weiter, als wir durch die Verhältnisse dazu gezwungen sind. Aber uns daraus einen Vorwurf macht, den verweisen wir auf die Geschichte der heutigen Ordnungsparteien, die alle ihrer Zeit illegal gewesen sind, und deren Geschichte mit Blut geschrieben ist, auf jeder Seite von Blut trieft; den verweisen wir auf die Geschichte der großen Reformbewegungen, die nur dann erfolgreich waren, wenn hinter ihnen eine Armee stand, entschlossen bis zum Widerstand auf Tod und Leben.

